

Die Zukunft der EU:

Das Konfliktpotential steigt – die Kosten genauso

Erst Schuldenkrise, dann Flüchtlingsproblematik, jetzt SARS-COV2, bald wieder Schuldenkrise und kein erkennbares Konzept, die Menschen in Europa zu vereinen: Europa driftet weiter auseinander. Der Brexit ist ein erstes Ergebnis dieser Zentrifugalkräfte. Der Ausstieg Großbritanniens hat die Organisation kurzfristig und vordergründig geeint, aber die Entwicklung nicht gestoppt. Die EU-Kommission und die EZB werden alles tun, um die verbleibende EU zusammenzuhalten. Das wird sehr teuer und langfristig das Gegenteil bewirken. Dabei bräuchte Europa eine funktionierende EU dringender denn je.

Es ist bemerkenswert, mit wie viel politischem Willen europäische Probleme angegangen werden. Bei jedem neuen Thema wird alles darangesetzt, eine kurzfristige Lösung zu finden, um als handlungsfähig dazustehen. Das ist selbstverständlich auch notwendig. Treibende Kraft bleiben aber nationale Überlegungen, um die Wiederwahl zu sichern. Die grundsätzlichen Verständnisunterschiede zwischen den einzelnen Ländern werden nicht angegangen. Mit jedem Konflikt steigen die Kosten für den Kompromiss. Und dadurch, dass es kein Konzept gibt, die Bürger für Europa zu gewinnen, wird es keine langfristige Lösung geben.

Schon mit der Gründung der EU gab es in Europa extrem unterschiedliche Vorstellungen, was Europa sein und wie es funktionieren soll. Da man kein gemeinsames Verständnis insbesondere zwischen der südlichen und der nördlichen Hälfte fand, formulierte man die Regelungen so weich und sanktionslos, dass alle damit leben konnten. Leider hat man das Grundproblem bis heute nicht gelöst. Im

Gegenteil: Es kamen immer mehr Themen hinzu, die alle genauso vordergründig ausgeräumt wurden. Die Erwartung der Südländer auf finanzielle Unterstützung wurde und wird durch billige Kredite befriedigt. Dadurch steigt die staatliche Verschuldung kontinuierlich und massiv an. Die EZB sorgt dafür, dass es für die einzelnen Länder bezahlbar bleibt. Das ist notwendig, da eine Rückzahlung bei den Schuldnern nicht vorgesehen ist. Die nördlichen Länder, allen voran Deutschland, produzieren durch die Exporte Überschüsse, die dann als Liquiditätshilfen wieder an die Südländer zurückfließt. Hinzukommt in Krisenzeiten der Liquiditätszufluss von der europäischen Zentralbank. Dieses teilverdeckte Liquiditätssystem lässt sich sehr lange aufrechterhalten, schmälert aber den Handlungsspielraum in neuen Krisen. Es wird immer schwerer, die Gunst der Mitgliedsländer zu ‚erkaufen‘. Einen ökologischen Wandel sich als Schwerpunkt zu setzen, wird höchstens als Begründung für die steigende Umverteilung in Europa dienen, aber die Probleme mit Europa nicht lösen. Es ist zumindest nicht erkennbar wie es als Europa einigendes Projekt geeignet sein soll, eher im Gegenteil.

Die europäische Kommission und der Europarat versäumen gleichermaßen eine gefühlte andere Bindung an Europa zu schaffen als die rein subventionsgetriebene. Die Vorteile des Binnenmarktes werden öffentlich nicht wahrgenommen. Die SARS-COV2-Krise wäre eine Chance gewesen, die allerdings erwartbar vertan wurde. Solange die Kommission nicht in den Einfluss einer charismatischen, europäischen und zugleich bürgernahen Person gerät, wird sich an der Entwicklung in Europa nichts ändern. Damit ist nicht unbedingt die Besetzung des/er Kommissionspräsidenten/in gemeint. Es kann auch ein/e einflussreiche/er Regierungschef/in eines Mitgliedstaates sein. Der Europarat gewinnt zwar an Selbstbewusstsein, kann aufgrund der Trägheit in der personellen Besetzung keinen neuen Kurs einschlagen. Einziger Lichtblick ist die Verteidigung der Verbraucherrechte gegen nationale Regierungsinteressen.

Was heißt das nun für die Zukunft? Die Entwicklung von Europa wird unverändert weiter gehen. Die Problematik der Verschuldung bleibt bzw. steigt eher noch und die Zinsen bleiben auf dem niedrigen Niveau. Die meisten EU Länder können politisch keine Rückführung der Verschuldung durchsetzen. Die Umverteilung und der Anteil der Subventionen nehmen weiter zu. Der verdeckte Einfluss der Südländer durch die Macht des Faktischen wird größer. Diese Entwicklung wird sich erst ändern, wenn eine dominant einflussreiche in der Ländergemeinschaft Person mit Interesse an einer Tendenzumkehr in Sicht ist und auch dann gibt es noch einen Vorlauf von einigen Jahren, bis es sich auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung niederschlägt. Im Moment ist eine solche Richtungsänderung ohnehin kaum wahrscheinlich und daher rein hypothetisch. Die Bindung der Bevölkerung an Europa bleibt weiterhin schwach. Damit bleibt das Interesse der politischen Kräfte eher auf der nationalen als auf der europäischen Seite.

Ein krisenbedingter Befreiungsschlag mit unkonventionellen Maßnahmen wird in der Konstellation für Europa erst geben, wenn der Druck hoch genug ist. Dann kann es zu heftigen Umbrüchen kommen. Bis dahin dauert es aber noch mindestens eine Dekade. Diese wird sich langfristig dadurch ankündigen, dass entweder die Nationalstaatlichkeit innerhalb der EU soweit vorangeschritten ist, dass diese zu zerfallen droht oder die Verschuldung aller EU-Länder zusammen ein kritisches Maß überschritten hat. Von beidem ist Europa zwar noch weit entfernt, nähert sich aber kontinuierlich an. In jedem Fall bleibt Europa weltpolitisch schwach. Die Gefahr des Einflusses von innereuropäischen Konflikten auf das politische und wirtschaftliche Leben steigt.

Weiter Informationen unter:

wgzf
wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Zukunftsforschung
Postfach 71 01 21
81451 München
info@wgzf.de
Fax +49-89-30 65 74 53